

aktuell



**Manager kassieren
wieder ab:**

**Stopp dem
Gagen-
Wahnsinn**

Während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach wie vor die Folgen der Krise spüren, freuen sich Manager über fette Einkommen. Eine Analyse der Arbeiterkammer zeigt, dass die Vorstände der börsennotierten Unternehmen Rekord-Gagen beziehen: Ein ATX-Vorstand verdiente 2010 durchschnittlich um ein Fünftel mehr als im Vorjahr. Das bedeutet, dass die Gage eines Top-Managers das 41-fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmergehalts beträgt. Zum Vergleich: Vor zehn Jahren war es noch das 20-fache.

Ein weiteres Thema in der vorliegenden Ausgabe ist der skurrile Geldtransport des ehemaligen Finanzministers Grasser. Insgesamt eine halbe Million Euro hat er von der Schweiz nach Österreich überführt – wie er sagt, im Auftrag der Schwiegermutter. Für sie – und nicht für sich selbst – habe er das Geld bei der Meinel Bank für ein Investment bei der Kärntner Hypo genutzt, beteuert Grasser.

Erfreuliches gibt es von der Bildungsreform zu berichten. Den Wünschen der Schüler und Eltern wird Rechnung getragen: Ab Herbst wird es 114 zusätzliche Standorte der Neuen Mittelschule geben.

Eure Redaktion



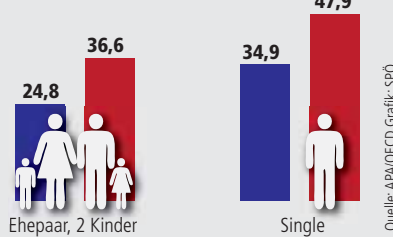
Michael Förchner vom Zentrum für Soziale Innovation verfasste einen Gastkommentar über Mythos und Wirklichkeit von „Green Jobs“ Seite 14

Am 23. Mai findet eine Veranstaltung zum Thema „Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts“ statt – mit einem Referat von Matthias Matschnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen Seite 15

Hohe Abgaben auf Arbeit in Österreich

Steuern und Abgaben in Prozent der Gesamtarbeitskosten, 2010

■ OECD-Schnitt ■ Österreich



Steuern: Bis zu 13 Prozent mehr als im OECD-Schnitt

Die österreichischen Arbeitseinkommen sind im OECD-Vergleich steuerlich besonders stark belastet. Einem Ehepaar mit zwei Kindern werden im Durchschnitt 11,8 Prozent mehr vom Einkommen abgezogen als dem OECD-Schnitt. Ein Single-Haushalt muss gar 13 Prozent mehr Steuern und Abgaben abführen. ♦

Fotolia



Alle Neugeborenen werden auf 31 Erkrankungen untersucht, eines von 800 ist betroffen.

2.400 Babys geholfen

Österreich ist beim Neugeborenen-Screening und damit bei der Früherkennung von angeborenen Stoffwechselerkrankungen bei Säuglingen weltführend. Gesundheitsminister Alois Stöger: „Wir haben damit vielen Kindern Krankheiten erspart.“ Das Gesundheitsministerium unterstützt derzeit mit über 600.000 Euro ein Projekt zur Weiterentwicklung des Programms. ♦



Ranz

Bildungsministerin Claudia Schmied bei der Ethik-Enquete im Parlament.

Ethik als Pflichtfach?

Für junge Menschen, die in einer Gesellschaft des Wettbewerbs und der Konkurrenz aufwachsen, sei es immer schwieriger, die Bedeutung von sozialem Handeln und Solidarität zu verstehen, sagte Bildungsministerin Claudia Schmied bei der Parlaments-Enquete „Werterziehung durch Religions- und Ethikunterricht in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft“. Im Zentrum stand die Frage, ob Ethik in den Schulen ein für alle verbindliches Pflichtfach oder ein Ersatzfach für Religion sein sollte. Für Schmied ist als dritte Option auch denkbar, dass Ethik als Querschnittsthema in anderen Fächern erarbeitet wird. Fest steht für die Ministerin jedoch: „Wenn wir hier nicht auch als Verantwortliche für Bildung gegensteuern, setzen wir den Zusammenhalt und den sozialen Frieden unserer Gesellschaft aufs Spiel.“ Aufgabe sei es, „die verbindenden Werte der Gesellschaft zu vermitteln und vorzuleben“, sagte Schmied. ♦

Zitat der Woche

„Noch immer ist unser Steuersystem so aufgebaut, dass jene, die mehr Leistung für ihr Einkommen erbringen – und Arbeit ist die höchste Leistung – auch mehr Steuern zahlen. Das ist nicht leistungsgerecht.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer

Bei Griechenland schrittweise vorgehen

Bundeskanzler Werner Faymann warnt vor voreiligen Reaktionen auf die aktuellen Herausforderungen in Griechenland.

Beim kommenden Rat der europäischen Finanzminister wird ein Bericht des Internationalen Währungsfonds zur Situation in Griechenland erwartet. Dann müsse man bewerten, ob und wieweit Griechenland die selbst auferlegten Sparvorgaben erfülle, so der Kanzler. Von einem teilweisen Schuldenerlass oder „noch wei-

ter hergeholten“ Varianten sei man jedenfalls noch weit entfernt. Er sieht die Überbrückung der massiven Unterschiede bei den Einkommen, den Besteuerungen oder bei der Sozialpolitik in Europa als Aufgabe der EU: „Mein Bestreben ist das Zusammenführen mit höherem sozialen Standard und mehr sozialer Gerechtigkeit.“ ♦



HBF/Wenzel

Werner Faymann sieht die Bewältigung der Herausforderungen in Griechenland als Aufgabe Europas.



STANDPUNKT

Sie haben nichts gelernt!

Sie machen dort weiter, wo sie vor der Krise aufgehört hatten – Finanzmarktlobbyisten preisen den unregulierten Markt und die Privatisierung als Allheilmittel. Die Banken wickeln wieder Risikogeschäfte ab und machen Unmengen an Gewinnen.

„Es ist höchste Zeit, dass Managerbezüge ab 500.000 Euro nicht mehr als Betriebsausgabe absetzbar sind.“

Es profitieren, wie in den „guten alten Zeiten“, nur einige wenige. Diesmal müssen wir schneller aufschreiben, wachsamer sein und uns nicht vom Weg abbringen lassen.

2009, das Jahr der Finanzkrise, war geprägt vom staatlichen Eingriff, um das marode Finanzsystem am Leben zu halten. Der Steuerzahler musste den Banken helfen. Die Wunden der Krise sind noch nicht geheilt, da hören wir wieder von steigenden Gewinnen, von Risikogeschäften, aber der Staat möge sich doch bitte heraushalten. „Die Verluste gehören der Allgemeinheit, die Gewinne nur manchen“ heißt also das neue Dogma.

Gleichzeitig stiegen im Jahr 2010 die Managergehälter wieder um durchschnittlich über 19 Prozent. Die Manager in den Leitunternehmen im Wiener Börsenindex ATX verdienten im Schnitt 1,15 Millionen Euro im Jahr.

Ganz oben im Gehalts- und Gier-Ranking findet sich eine heimische Großbank, die Raiffeisen International. Deren Manager erhielten 2010 um rund 80 Prozent mehr als 2009. Das ist besonders beachtlich, wenn man sich an die kräftigen Finanzspritzen erinnert, die der Staat den notleidenden Banken in der Krise zusicherte.

Vor zehn Jahren verdiente ein Vorstand eines Unternehmens das rund 20-fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. Heute verdient er mehr als das 40-fache. Und keiner dieser „Top-Manager“ würde sich wohl daran stoßen, das 100- oder 200-fache seiner „Untergebenen“ zu kassieren.

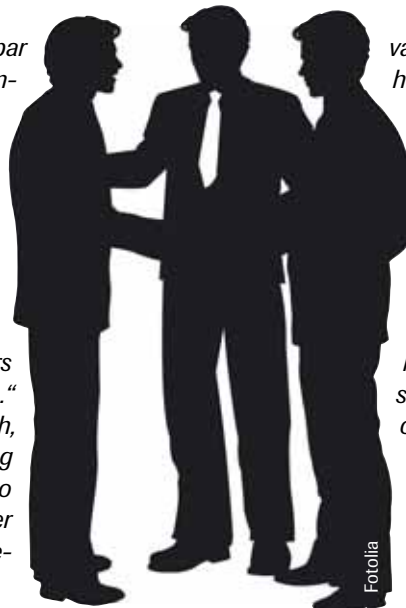
Deshalb ist es höchste Zeit, dass Managerbezüge ab 500.000 Euro nicht mehr als

Betriebsausgabe absetzbar sind. Vorstandsbezüge können derzeit uneingeschränkt als Betriebsausgabe von der Steuer abgesetzt werden. Die Unternehmen sparen sich damit Körperschaftsteuer. Wir kennen das „Argument“, „diese paar Millionen Euro würden doch fürs Budget eh nichts bringen.“ Vielmehr wahr ist jedoch, dass dieses Geld in Bildung oder das Sozialsystem, also in die Absicherung unserer Zukunft, viel besser investiert wäre.

Angesichts der massiven Gehaltssteigerungen und des starken Engagements der Banken in Risikogeschäften in Osteuropa ist es legitim, über eine Anhebung der Bankensteuer nachzudenken. Der Spielraum ist offensichtlich vorhanden. Für die breite Mehrheit der Bevölkerung sind die Gehaltsprivilegien bei den Managern längst nicht mehr nachvollziehbar. Es ist nicht einzusehen, dass bei Verlusten die öffentliche Hand gerade steht und wenn es um die Gewinne geht, soll sich die öffentliche Hand raushalten. Nicht nur deshalb müssen wir jetzt ein starkes Zeichen für mehr Gerechtigkeit setzen. Die Politik wird nachhelfen und die Reichen zu einem solidaren Beitrag drängen müssen. So wie auch der Staat solidarisch gegenüber den Banken war.

„Nach der Krise“ darf nicht „vor der Krise“ werden. Die Skandale der VP/FP-Regierung kommen nach und nach an das Tageslicht, schon stehen manche wieder am Start und predigen weitere Privatisierungen.

Spätestens nach der größten Weltwirtschaftskrise ist das Dogma von „Mehr pri-



Im Jahr 2010 stiegen die Managergehälter wieder um durchschnittlich über 19 Prozent.

vat, weniger Staat“ überholt. Es geht auch um wirtschaftliche Verantwortung. Erinnern wir uns an die Privatisierungsflops des vergangenen Jahrzehnts. Mit dem Verkauf der Austria Tabak verscherbelte die schwarz-blaue Regierung wertvolles Familiensilber, verzichtete auf Millionen an Steuereinnahmen und verursachte den Verlust von hunderten Arbeitsplätzen.

Oder die viel zu billig verscherbelte Buwog. Heute ist der Grasser Deal ein Fall für die Gerichte. Aber bei Privatisierungsdiskussionen

darf natürlich auch nicht die Ideologische Frage zu kurz kommen. Wenn heute jemand auf die Idee kommt, die ÖBB zu privatisieren, sollte er sich mit britischen Bahnkunden unterhalten, die mit den schlimmen Folgen eines fehlgeschlagenen Verkaufs leben müssen. Wer möchte, dass in Österreich nur mehr die Landeshauptstädte mit dem Zug erreicht werden können, soll es auch sagen. Daseinsvorsorge darf kein Privileg jener sein, die es sich leisten können.

Wir dürfen nicht zuschauen – auch wenn die Sozialdemokratie in der EU in Opposition ist, müssen wir hinschauen, aufzeigen und mobilisieren. Die Banken und Finanzmärkte haben das Geld und die damit verbundene Öffentlichkeit – wir aber die richtigen Argumente.

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



WIRTSCHAFT

Manager kassieren wieder kräftig ab

Die heimischen Top-Manager können zufrieden sein: Ihre Gehälter stiegen wieder kräftig an – besonders auch bei den Banken. Die SPÖ will Manager-Gagen beschränken und überlegt eine Erhöhung der Bankensteuer.

„Die Milliardengewinne zeigen, dass sich die Banken die Abgabe problemlos leisten können.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

In den Vorstandsetagen der österreichischen Top-Konzerne ist Grund zur Freude angesagt: Die Manager in den Leitunternehmen im Wiener Börsenindex ATX verdienten 2010 im Schnitt 1,15 Mio. Euro – soviel wie vor der Krise. Im Vergleich zu 2009 stiegen die Vorstands-Gehälter durchwegs wieder kräftig an – durchschnittlich um satte 20 Prozent. Damit machten die Vorstände ihre Verluste aus dem Krisenjahr rasch wieder wett. Ein Top-Vorstand erhält heute das 41-fache des Gehalts eines durchschnittlichen Beschäftigten; vor zehn Jahren war es noch „nur“ das 20-fache.

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas fordert angesichts dieser Zahlen erneut eine Bremse bei den Vorstands-Gagen. Konkret soll die steuerliche Absetzbarkeit von Manager-Gehältern beschränkt werden. „Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass sich etwa die Banken vom Staat in der Krise mit Steuergeld helfen lassen, aber offensichtlich keine Probleme haben, die Gehälter exorbitant zu erhöhen.“

Bis zu 80 Prozent mehr für Banken-Vorstände

Dass gerade die Banken die Gehälter ihrer Vorstände so stark erhöht haben, ist „ein Affront gegenüber den Steuerzahlern und Arbeitnehmern“, so Rudas. Sowohl Erste Group als auch Raiffeisen zahlten ihren Managern letztes Jahr um rund 80 Prozent mehr. „Den Banken wurde mit Steuergeld aus der Krise geholfen und jetzt müssen die Steuerzahler sehen, dass es dort offen-



Fotolia

Top-Gehälter und Milliardengewinne bei Banken zeigen: eine Erhöhung der Bankenabgabe wäre problemlos verkraftbar.

sichtlich keine Hemmungen gibt, wieder kräftig abzukassieren.“

Mit Ausnahme der Hypo Alpe Adria und der Kommunalkredit haben alle Institute – auch dank Staatshilfe – die Krise heil überstanden und erwirtschafteten im Vorjahr wieder Gewinne jenseits der Milliarden-Grenze.

In der SPÖ denkt man nun über eine höhere Bankensteuer nach.

Höhere Bankensteuer „legitim“

So hat Bundeskanzler Werner Faymann schon darauf hingewiesen, dass es offensichtlich Spielraum gibt, die Bankenabgabe (sie hat derzeit ein Volumen von 500 Mio. Euro) anzuheben. Bis Herbst sollte die Ge-

winnentwicklung bei den Banken beobachtet werden, schlägt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter vor; steigen die Gewinne weiter, sei eine Erhöhung „legitim“. Top-Gehälter und Milliardengewinne zeigen, „dass sich die Banken die jetzige Abgabe problemlos leisten können“, sagt der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. Eine Erhöhung der Abgabe würde auch nicht den Standort gefährden, wie die Banken der Öffentlichkeit weismachen wollen. Im internationalen Vergleich haben Österreichs Banken weiterhin ein relativ niedriges effektives Niveau der Steuerbelastung. „Banken würde gerne nach dem Motto 'Das Risiko sozialisieren – die Gewinne privatisieren' agieren – dem halten wir aus Überzeugung entgegen“, erklärt Rudas. ♦

PRIVATISIERUNGEN

Schwarz-blauer Ausverkauf kostet Jobs und Steuergeld

Die Bevölkerung zahlt heute noch die Zeche für die schwarz-blaue Ausverkaufspolitik von Staatseigentum. Jüngstes Opfer des Privatisierungs-Wahns: Die Austria Tabak.

„Eine Privatisierung wäre ein Verlustgeschäft für die Staatsfinanzen.“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

Die ehemals staatliche Austria Tabak schließt ihre letzte Fabrik in Österreich. Das bedeutet das Aus für 320 Jobs in Hainburg. 2001 wurde die Austria Tabak von der Schüssel-Grasser-Regierung an die Gallaher-Group verkauft. Für den britischen Konzern ein gutes Geschäft – Gallaher selbst hatte den Kaufpreis von 770 Mio. Euro schon nach fünf Jahren wieder zurückverdient. Weniger erfreulich sind die Folgen für die Steuerzahler und Arbeitnehmer: Dem Staat entgingen Millionen an Dividenden. Und ab 2004 wurden sukzessive Standorte zugesperrt und Arbeitsplätze ab-



320 Jobs kostet die Schließung des Austria Tabak-Werks in Hainburg – ein Beispiel für die Privatisierungs-Flops unter Schwarz-Blau.

gebaut, obwohl der jetzige Eigentümer, die japanische JTI, in den letzten Jahren Rekordgewinne schreibt. Für SPÖ-Finanzsprecher Kai Jan Krainer „zahlen Arbeitnehmer und Steuerzahler heute noch die Zeche für die schwarz-blaue Ausverkaufspolitik, die sich bei Austria Tabak besonders

krass auswirkte“. Insgesamt wurden bei den Privatisierungen unter Schwarz-Blau 8,2 Mrd. Euro an Volksvermögen vernichtet – durch schlechtes Verkaufsmanagement, politischen Druck, zu geringen Verkaufspreis und falschen Zeitpunkt.

ÖVP will weiter privatisieren

Das Schicksal der Austria Tabak hält die ÖVP und deren Wirtschaftsflügel aber nicht davon ab, weitere Privatisierungen zu fordern, etwa bei den Energieversorgern und der ÖBB. Wohin der Verkauf der Bahn führen kann, sieht man bei der englischen Bahn. Diese wurde von Privaten völlig heruntergewirtschaftet. Staatssekretär Andreas Schieder bekräftigt jedenfalls die Position der SPÖ: Nein zu weiteren Privatisierungen, die ja nur kurzfristig Budgetlöcher stopfen sollen. ♦

STEUERREFORM

Verteilungsgerechtigkeit bleibt SPÖ-Kernthema

Für die Sozialdemokratie ist die Besteuerung von Vermögen über einer Million Euro ein fairer Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit.

Verteilungsgerechtigkeit und eine Vermögensbesteuerung sind und bleiben SPÖ-Kernthemen. Auch wenn sich die neue Finanzministerin Maria Fekter ablehnend zu einer Steuer für Vermögen über einer Million Euro geäußert hat, betont Finanzstaatssekretär Andreas Schieder: „Wir halten trotzdem daran fest.“ In das gleiche Horn bläst auch der steirische Landeshauptmann Franz Voves. Für ihn sei die Einigung bei der Regierungsbudgetklausur in Loipersdorf im Oktober 2010 mit 1,7 Mrd. Euro Einnahmen durch neue Steuern ein Schritt in die richtige Richtung gewesen, aber kein ausreichender. Und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter betont: „Die SPÖ arbeitet in ihrer Perspektivengruppe Verteilungsgerechtigkeit gemeinsam mit einem Exper-

tenteam zielorientiert an einer ausgewogenen und überzeugenden Konzeption für mehr Steuergerechtigkeit in Österreich.“

Ein klares Bekenntnis zu einer stärkeren Vermögensbesteuerung legt auch Nationalratsabgeordneter Josef Muchitsch, Bundesvorsitzender-Stv. der Gewerkschaft Bau-Holz ab. Wichtig wäre laut Muchitsch, dass nun alle SPÖ-Landesverantwortlichen, die von der Bundes-SPÖ eingesetzte Perspektivengruppe für mehr Verteilungsgerechtigkeit unter der Leitung von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und Finanzstaatssekretär Andreas Schieder unterstützen. „Jetzt heißt es dranbleiben und nicht nachlassen. Es kann doch nicht sein, dass ein Schwerarbeiter in Prozenten höhere Steuern abliefern als ein Industrieller“, sagt Muchitsch. ♦



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: Die SPÖ-Perspektivengruppe arbeitet für mehr Steuergerechtigkeit.

JUSTIZ

„Final Countdown für Grasser“

Die Schwiegermutter-Geschichte im Zusammenhang mit suspekten Geldtransporten des damaligen Finanzministers ist mehr als fragwürdig.

Die Schwiegermutter habe ihn mit dem Geldkoffer über die Grenze geschickt – mit 100.000, 330.000 und 70.000 Euro in bar. Insgesamt dreimal ist der damalige Finanzminister mit dem wertvollen Gepäck von der Schweiz aus nach Österreich eingereist, um bei der Meinh Bank in die Kärntner Hypo zu investieren. Zumindest fragwürdig ist an dieser Erklärung einiges. So zum Beispiel, dass es trotz der hohen Beträge keine Übernahmebestätigung der Bank gibt. Oder die Tatsache, dass der familiär begründete Botendienst knapp vor einer Verschärfung der Einreisebestimmungen stattfand, wonach Beträge ab 10.000 Euro gemeldet werden müssen.

Für die Ermittler verdichtet sich der Verdacht, das Bargeld stamme in Wahrheit aus der Provision beim Verkauf der Buwog.



Was hatte Grasser im Kofferchen? Der Verdacht, dass es sich um Provisionsgelder für den Buwog-Verkauf handeln könnte, steht im Raum.

Denn ein Finanzminister, der bei 500.000 Euro eine Banküberweisung scheut, verhält sich in höchstem Maße suspekt. Es gilt na-

türlich die Unschuldsvermutung. Aber dass die Optik schlecht ist, wenn ein Finanzminister mit insgesamt einer halben Million Euro im Koffer spazieren fährt, gibt selbst Grassers Anwalt Ainedter zu. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter sieht in den Umständen der Geldtransaktionen Grassers den „Beginn eines Final Countdown“ für den „ehemaligen Liebling aller Schwiegermütter“. Die Ausflüchte und Ausreden Grassers seien mittlerweile an Lächerlichkeit kaum mehr zu überbieten. Die Feststellung der Herkunft und Höhe aller von Grasser erzielten Einkünfte zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2010 durch die Justiz sei überfällig. „Für weitere Kabarettszenen ist gesorgt, für den österreichischen Steuerzahler ist die Causa Grasser allerdings ein einziges Trauerspiel“, sagt Kräuter. ♦

TOTENGEDENKEN

Strache traute sich nicht trauern



Mehr als 1.000 Menschen hatten sich am Heldenplatz eingefunden, um gegen den rechten Aufmarsch zum „Totengedenken“ zu protestieren.

Angeblich hielt ein Auslandstermin den FPÖ-Chef vom Totengedenken mit seinen Kameraden ab. Es könnte ihn aber auch der Mut verlassen haben.

Während ganz Österreich am 8. Mai die Befreiung vom Nationalsozialismus feiert, betrauern Burschschafter und Rechtsradikale diesen Tag beim „Totengedenken“ am Heldenplatz. FPÖ-Chef Strache hatte angekündigt, das rechtsrechte Stelldichein durch eine Rede zu bereichern – und es sich dann im letzten Augenblick anders überlegt. Das dürfte auch an der lautstarken Kritik von allen Seiten und der großen Gegenkundgebung – ebenfalls am Heldenplatz – gelegen haben. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas hatte Straches Teilnahme von Anfang an verurteilt und ihn zur Absage aufgefordert. ♦

WEHRPFLICHT

ÖVP-Umfaller bei Volksbefragung

Obwohl dem Namen nach eine „Volkspartei“, hält die ÖVP von einer Volksbefragung zur Wehrpflicht nun doch nichts.

Derzeit wird über die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres verhandelt. Die SPÖ macht sich für ein Ende der Wehrpflicht und ein Profi-Heer stark. Die ÖVP ist dagegen, hält ihr eigenes Modell jedoch unter Verschluss. Für die SPÖ war von Anfang an klar: Sollte es zu keiner Einigung kommen, soll die Bevölkerung mittels Volksbefragung entscheiden. Zur Zeit Josef Prölls war auch die ÖVP dafür, unter Michael Spindelegger hat sich das geändert. Die ÖVP will der Bevölkerung das Mitspracherecht nun lieber doch verweigern. ♦



Bundesheer

Für die SPÖ ist klar: Kommt es bei den Bundesheer-Verhandlungen zu keinem Ergebnis, sollen die Österreicherinnen und Österreicher das letzte Wort haben.

BILDUNG

Bahn frei für die Neue Mittelschule

Der flächendeckende Ausbau des Erfolgsmodells Neue Mittelschule (NMS) geht zügig voran. Bereits kommenden Herbst wird es 114 neue NMS-Standorte geben. Bis zum Schuljahr 2018/2019 sollen schrittweise alle Hauptschulen in Österreich zu neuen Mittelschulen umgewandelt sein.



In der Neuen Mittelschule werden Schülerinnen und Schüler in Kleingruppen gezielt gefördert.

Ab dem Schuljahr 2011/2012 werden 57.070 Schülerinnen und Schüler eine von 434 Neuen Mittelschulen in Österreich besuchen. Nachdem der Regierungspartner dem weiteren Ausbau der Neuen Mittelschule zugestimmt hat, geht es mit Riesenschritten voran in Richtung mehr Qualität und Chancengleichheit in Österreichs Schulsystem. Die Einigung zur Aufhebung der 10-Prozent-Grenze für Schulversuche hat es möglich gemacht, dass in einem ersten Schritt nun all jene Standorte umgestellt werden, die im Vorjahr wegen dieser Grenze nicht genehmigt werden konnten, obwohl sie die hohen Qualitätsanforderungen erfüllten. Das zuständige Expertengremium hat vor kurzem allen Anträgen stattgegeben. Das bedeutet 114 neue Standorte mit insgesamt 266 ersten Klassen. „Nach der finanziellen Absicherung des Projekts durch das Bundesfinanzrahmengesetz ist das der nächste Meilenstein für den flächendeckenden Umstieg auf

die Neue Mittelschule“, sagt Bildungsministerin Claudia Schmied.

Bald 238.000 NMS-Schüler

Doch das ist nur der Anfang. Um für ein besseres und gerechteres Schulsystem zu sorgen, wird nun mit Hochdruck an den rechtlichen Grundlagen gearbeitet, damit bis 2018/19 „alle bisherigen Hauptschulen und interessierte AHS-Unterstufen auf die Neue Mittelschule umgestellt werden können“, sagte Schmied. Denn das erklärte Ziel der Bundesregierung ist es, dass bald 238.000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 10 bis 14 Jahren an einer Neuen Mittelschule unterrichtet werden – das sind rund Zwei Drittel aller Schüler dieser Altersgruppe. „Das

INFO

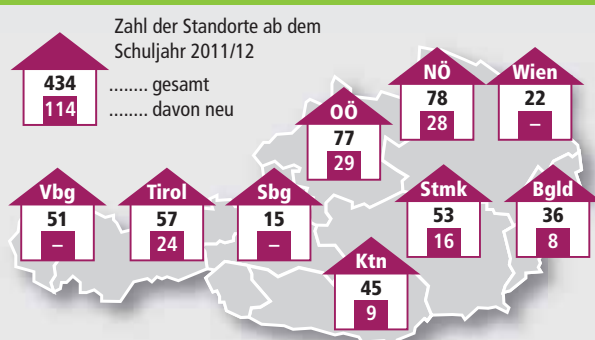
Erfolgsmodell Neue Mittelschule

Die Neue Mittelschule stößt bei Eltern, Lehrern und Schülern auf enormes Interesse. Mit gutem Grund – sie bietet viele Vorteile:

- ▶ Als gemeinsame Schule für 10- bis 14-Jährige macht die NMS Schluss mit der viel zu frühen Selektion der Kinder.
- ▶ In der neuen Lehr- und Lernkultur der NMS stehen die jeweiligen Begabungen der Kinder im Zentrum.
- ▶ Unterricht in Kleingruppen und offenen Lernformen ermöglichen die individuelle Förderung.
- ▶ Im Unterschied zu Hauptschulen gilt in der NMS der AHS-Lehrplan, die Schulen können inhaltliche Schwerpunkte wählen.
- ▶ „Team-Teaching“: In den Hauptfächern Deutsch, Mathematik und Englisch unterrichten jeweils ein AHS-/BHS-Lehrer und ein Hauptschullehrer.

diesbezügliche Gesetzespaket wird derzeit vorbereitet und soll im Herbst an das Parlament zur Beschlussfassung geleitet werden“, so die Bildungsministerin zum weiteren Fahrplan. ♦

Neue Mittelschule in Österreich

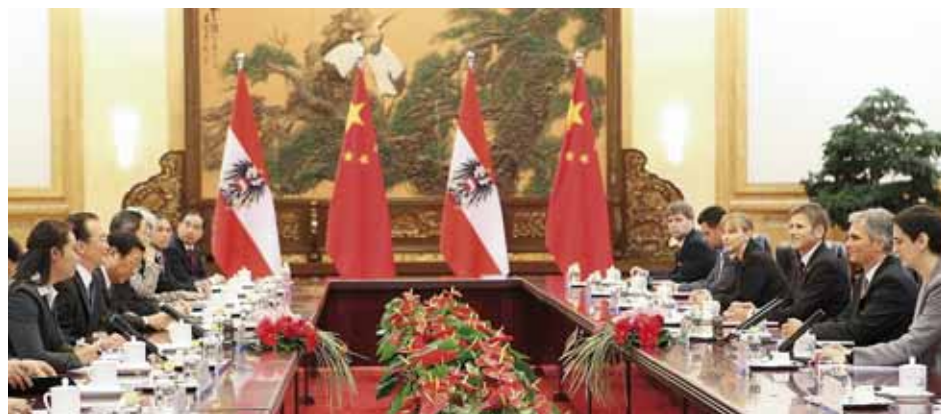


Quelle: APA/BMUKK | Grafik: SPÖ

STAATSBESUCH

Faymann pocht auf Menschenrechte

Österreich und die Volksrepublik China feiern das vierzigjährige Bestehen ihrer diplomatischen Beziehungen. Aus diesem Anlass reiste Bundeskanzler Werner Faymann nach Peking gereist und traf die Spitzen-Politiker des Landes.



Beim Treffen mit dem chinesischen Premier Wen versicherten die hochrangigen Vertreter beider Staaten, die 40 Jahre andauernden diplomatischen Beziehungen weiterzuentwickeln.

Der Bundeskanzler hat in Peking Gespräche mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao und dem Staatspräsidenten Hu Jintao geführt. Ihre Themen: Menschenrechte, erneuerbare Energien und Wirtschaftsfragen. Nach dem Gespräch mit Staatspräsident Hu erklärte Faymann: „Mir war wichtig, deutlich zu machen, dass wir in der EU

die Entwicklung unserer guten Wirtschaftsbeziehungen mit China nicht von den Fragen der Menschen- und Bürgerrechte entkoppeln dürfen. Werthaltungen sind nicht etwas, das man an der Grenze abgibt“, so Faymann. Für die Wirtschaftsbeziehungen wünschte er sich „faire Rahmenbedingungen“, z.B. hinsichtlich des freien Zugangs europäischer Firmen

zum chinesischen Markt – wie es auch umgekehrt gegeben sei.

Handel mit Österreich verdoppeln

Auch mit Premier Wen sprach Faymann „umfassend über wirtschaftspolitische Themen“ – Wen wünscht eine Verdoppelung des bilateralen Handels Chinas mit Österreich in den nächsten fünf Jahren. Umwelttechnologie, Energieeffizienz, erneuerbare Energien und öffentlicher Verkehr wurden ebenfalls thematisiert – für Österreich hinsichtlich des Atom-Ausstiegs „besonders entscheidend“. Der Bundeskanzler machte auch den Standpunkt Österreichs und der EU zu Menschen- und Bürgerrechten deutlich. So brachte er seine Besorgnis um den Künstler Ai Weiwei klar zum Ausdruck. Premier Wen habe „unsere Sorgen mit hoher Aufmerksamkeit registriert“. Ein chinesischer Regimekritiker bat Faymann in einem Gespräch, die chinesische Führung auf fehlende Bürgerrechte in China anzusprechen. ♦

EUROPATAG

Für ein soziales, bürgernahes Europa

Anlässlich des Europatages am 9. Mai wies der Leiter der SPÖ-EU-Delegation, Jörg Leichtfried auf die Wichtigkeit einer sozialen Dimension für ein zukunftsfähiges Europa hin.

HINTERGRUND

Ideenwettbewerb

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können ihre Ideen zum Thema Pressefreiheit ab sofort bis November 2011 in Form von Reden, Texten, Bildern, Fotos, Videos, Comics etc. einreichen. Die Präsentation der Beiträge soll ca. eine Minute dauern. Eine hochkarätige Jury u.a. mit Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky wählt die besten Einsendungen aus. Die Gewinnerin/der Gewinner bekommt zwei Tage lang einen exklusiven Blick hinter die Kulissen des EU-Parlaments. Mehr Infos gibt es auf www.spe.at. Einsendungen gehen an markus.wolschlager@europarl.europa.eu.

Die Europäische Union habe Großes geleistet, werde von den Menschen aber nicht als bürgernah erlebt. „Die gewählten Mehrheiten von EVP und Liberalen konzentrieren sich zu sehr auf die Interessen der Banken und Großkonzerne und vergessen darüber hinaus, dass ein zukunftsfähiges Europa auch eine soziale Dimension braucht“, unterstreicht der SPÖ-EU-Abgeordnete. So habe man es etwa verabsäumt, die Steuerpolitik zu harmonisieren. Die Herausforderungen der Zukunft können nur gemeinsam bewältigt werden. „Mit den richtigen politischen Mehrheiten kann es gelingen, eine EU zu etablieren, die für jede Bürgerin und jeden Bürger erkennbare Vorteile mit sich bringt“, so Leichtfried.

Die Delegation der SPÖ-EU-Abgeordneten hat zum Europatag einen Ideenwettbewerb unter dem Motto „1 Minute für Europa!“ gestartet. Das Thema ist Presse- und Medienfreiheit, „die sowohl europaweit als auch global aufs Neue gestärkt und verteidigt werden muss“, erläutert Leichtfried.



Die SPÖ-EU-Abgeordneten Hannes Swoboda, Karin Kadenbach, Jörg Leichtfried und Evelyn Regner fordern die Bürger auf, ihre Gedanken zum Thema Pressefreiheit mitzuteilen.

Roman

Das Leben ist schmutzig

Die in Wien lebende Autorin Anne Goldmann legt ihren ersten Roman vor: Einen Krimi um ein altes Mietshaus und seine Bewohner.

Die Hausmeisterin Julia Wawerka hat sehr jung geheiratet. Nach viel zu vielen Jahren des Duldens wirft sie ihren Mann hinaus, einen Schläger und Säufer. Ab da sorgt sie allein für ihren Sohn, hält das gesamte Mietshaus in Schuss und geht zusätzlich noch Büros putzen. Nach und nach lernt man in diesem Spannungsroman die Mieterinnen und Mieter des Hauses kennen. Man spürt ihre Vorbehalte und Ängste, ahnt ihre verborgenen Vorgeschichten. Doch der zerbrechliche Hausfrieden findet

ein ebenso jähes wie gewaltsames Ende: Mord! Die 1961 geborene Autorin Anne Goldmann, die seit vielen Jahren in der Straffälligenhilfe arbeitet, eröffnet in ihrem Debütwerk das Panorama eines Hauses, seiner Bewohner und verschiedener Verbrechen, die raffiniert miteinander verwoben sind. „Das Leben ist schmutzig“ ist ein Buch voll leiser Spannung und enormem sprachlichen Sog. Ein mitreißend geschriebenes Debüt, das sofort packt und bis zur letzten Seite nicht mehr loslässt. ♦

Sachbuch

Feminismus

Feminismus ist ein vieldeutiger Begriff, zu dem es viele Theorien gibt. Die wichtigsten davon werden in diesem Buch dargestellt.

Im Zentrum dieses Buches aus der „Basiswissen“-Reihe des PapyRossa-Verlag steht ein Feminismus, der die kapitalistisch-patriarchalisch geprägte Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft in den Mittelpunkt der Kritik stellt. Ein Feminismus, der Vorstellungen sowie Handlungsstrategien, Aktionen und Kampagnen entwickelt für eine gesellschaftspolitischen Veränderung hin zu einem gleichwertigen Miteinander verschiedener Geschlechter weltweit. Feminismus bezeichnet für die Autorin Gise-

la Notz sowohl eine politische Theorie als auch eine soziale Bewegung und seit den letzten Jahrzehnten auch eine wissenschaftliche Disziplin. Die heterogenen Theorien und die zahlreichen, zum Teil auch gegenläufigen Strömungen, die die Interessen und Rechte der Frauen widerspiegeln, werden mit einem Gang durch die Geschichte deutlicher, farbiger und interessanter. Die Autorin ist Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten und Mitarbeiterin bei „Lunapark21“. ♦

Politik

Die Formel der Macht

Dieses Buch zeigt präzise, wie Macht funktioniert, wer den Ton angibt, wer mitspielt und wer zusehen muss.

Unsichtbare Netzwerke durchziehen jedes Land. Sie lassen Dinge reibungslos geschehen, Probleme verschwinden und fördern Karrieren. Sie beginnen in den Büros mit schönem Ausblick, machen Abstecker bei intimen Freundeskreisen und enden im Zentrum der Politik. Die Netzwerke der Macht bestimmen unser aller Leben. Harald Katzmaier und Harald Mahrer zeigen, dass Einfluss nur sehr selten eine Frage des Glücks ist, sondern fast immer das Ergebnis der richtigen Kombination unterschied-

licher Ressourcen. Sie zeigen aber auch, dass wir an einer Zeitenwende stehen. Die alte Macht ist am Ende und es braucht eine neue Macht in Politik und Wirtschaft, um Zukunft zu gestalten. Die Zukunft der Macht gehört nicht den sozialen Netzwerken wie Facebook und Co. Mächtig ist, wer das Vermögen hat, auch auf Unvorhergesehenes machtvoll reagieren zu können. Egal, ob als Staat, als Unternehmer oder als Individuum. Die Experten decken dabei auch auf, welche Mächte keine Zukunft haben. ♦

☐ Stk.


Anne Goldmann:
Das Leben ist schmutzig.
Argument Verlag,
Hamburg 2011;
285 S., 11,40 €

☐ Stk.


Gisela Notz:
Feminismus.
PapyRossa Verlag, Köln 2011;
131 S., 10,20 €

☐ Stk.


Katzmaier, Mahrer (Hrsg.):
Die Formel der Macht.
Ecowin Verlag, Salzburg 2011;
179 S., 21,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell



Fotos: Zimmer

Für eine Energiepolitik, die

Bei der diesjährigen Frühjahrstagung des SPÖ-Parlamentsklubs setzten sich die Abgeordneten mit einer alternativen europäischen Energiepolitik abseits der Atomenergie auseinander.



Der renommierte Physiker Ernst Ulrich von Weizsäcker mahnte ein Ende der „Energieverschwendungswirtschaft“ ein. Im Bild mit SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian.



Stark vertreten war auch das SPÖ-Regierungsteam. Unter anderem durch Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Staatssekretär Josef Ostermayer.

Nach der Begrüßung durch Klubobmann Josef Cap und den Hausherrn, Schwechats Bürgermeister Nationalratsabgeordneter Hannes Fazekas, gab Bundeskanzler Werner Faymann einen Überblick über die zukünftigen Herausforderungen einer europäischen Energiepolitik. Entscheidend wird die Vereinbarkeit von Wirtschaft und Umweltschutz sein. „Es muss möglich sein, zu forschen und zu produzieren unter Bedingungen, die Mensch und Umwelt respektieren“, sagte Faymann. Man müsse zeigen,

dass durch mehr Energieeffizienz mit erneuerbaren Energieformen ein Auslangen zu finden sei. Atomenergie soll so überflüssig werden.

Schluss mit der Energieverschwendung

Einer der Höhepunkte der Klubtagung war ohne Zweifel das Referat des renommierten deutschen Physikers und Atomgegners Ernst Ulrich von Weizsäcker. Er mahnte ein Ende der „Energieverschwendungswirt-

schaft“ ein. Der Ausbau erneuerbarer Energieformen, sei es nun Wasserkraft, Photovoltaik oder Biomasse, sei zwar zu begrüßen und zu fördern. Jedoch hätten auch diese Energieformen nur „endliches Potenzial“. Für SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian ist ein einheitliches Energieeffizienzgesetz daher ein entscheidender Schritt. „Alle müssen einen Beitrag leisten. Nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch Industrie und Gewerbe, jeder entsprechend seiner Leistungsfähigkeit“, forderte Katzian. ♦



Für Bundeskanzler Werner Faymann ist die Vereinbarkeit von Wirtschaft und Umweltschutz eine entscheidende Zukunftsfrage.

„Es muss möglich sein, zu forschen und zu produzieren unter Bedingungen, die Mensch und Umwelt respektieren.“

**Bundeskanzler
Werner Faymann**



ohne Atomkraft auskommt

INTERVIEW

„Energieeffizienz ist unser größtes Kraftwerk“

SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über ein bundeseinheitliches Energieeffizienzgesetz und die Vermeidung von Energiearmut.

„SPÖ Aktuell“: Die SPÖ macht sich für ein einheitliches Energieeffizienzgesetz stark. Was soll dadurch erreicht werden?

Wolfgang Katzian: Die Energieeffizienz ist das größte Kraftwerk, über das wir verfügen, und wir müssen es nun endlich in Betrieb nehmen. Dafür braucht es ein bundeseinheitliches Energieeffizienzgesetz, mit dem wir verbesserten Energieeinsatz belohnen und große Energieverbraucher motivieren, sinnvoller mit Energie umzugehen.

Notwendig ist die Effizienzsteigerung, weil unsere Ressourcen nicht unerschöpflich sind. Wir haben zwar mit der Wasserkraft eine gute Basis für unsere Stromproduktion, aber sie allein reicht nicht aus, um unseren Bedarf zu stillen. Wollen wir uns unabhängiger von Energieimporten machen, müssen wir einfach auch effizienter mit Energie umgehen.

Allerorts wird nach mehr Energieeffizienz gerufen. Wo liegt die Verantwortung, bei

den Privathaushalten oder doch eher in der Wirtschaft?

Katzian: Die Verantwortung darf meiner Meinung nach nicht einseitig den Haushalten aufgebürdet werden, da muss sich auch die Wirtschaft entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Für die Sozialdemokratie ist es jedenfalls wichtig, dass Energie für die Menschen auch leistbar bleibt und dass wir für Rahmenbedingungen sorgen, unter denen ohne Verlust der Lebensqualität verantwortlich mit Ressourcen umgegangen werden kann.

Energieeffizienz scheint aber zum Elitensport zu werden. Maßnahmen wie Sanierungen oder der Ankauf sparsamerer Geräte kann sich nicht jeder leisten.

Katzian: Genau in diesem Punkt setzen wir eben, wie mit unserem Modell eines zinsfreien Darlehens für die Sanierung auf eine andere Herangehensweise. Einen Beitrag zur Energieeffizienz zu leisten, das

muss unabhängig von der Brieftasche möglich sein. ♦

ZUR PERSON



SPÖ

Wolfgang Katzian:
„Energie muss für die Menschen leistbar bleiben.“

Wolfgang Katzian ist seit 2008 SPÖ-Nationalratsabgeordneter und Bereichssprecher für Energie. Seit 2006 ist er Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier und seit 2009 Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB.

WIEN

Wien macht Schule!



SPÖ Wien

Die Sozialdemokratie geht konsequent ihren erfolgreichen Wiener Weg, so auch im Zukunftsbereich Bildung.

deckende Ausbau der Ganztagschulen, der Gratiskindergarten und leistbare, leicht zugängliche Deutschkurse.

Die neue Berufsschule bewegt mehr

Ein besonderes Anliegen der Wiener Bildungspolitik ist es weiters, den Berufsschülern optimale Ausbildungschancen zu bieten. „Die Berufsschule von früher hat sich längst weiterentwickelt. Neben Förderunterricht gibt es immer mehr Angebote zur Spezialisierung. Ein wichtiger Schritt ist in diesem Zusammenhang der Neubau der Berufsschule Embelgasse als modernes Ausbildungszentrum“, so Deutsch. Die Wiener SPÖ unterstützt zudem die Anliegen des „Volksbegehrens Bildungsinitiative“ und informiert im Rahmen der Kampagne über die Ziele der Bildungsinitiative. „Um allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen der Eltern alle Möglichkeiten ihrer persönlichen Entfaltung zu geben, muss das Bildungssystem in unserem Land reformiert werden“, so Deutsch. ♦

Die SPÖ Wien stellt das Thema Ausbildung in den Mittelpunkt ihrer aktuellen Frühjahrskampagne. Darin unterstützt sie auch aktiv das „Volksbegehren Bildungsinitiative“.



„Ein zentrales Ziel der Wiener SPÖ ist es, sicherzustellen, dass den Menschen in Wien alle Chancen offen stehen. Bildung

ist hier der Schlüssel. Die Ausbildungsgarantie, die kostenlose Berufsmatura und Investitionen in die Berufsschule sind nur einige prägnante Beispiele dafür, wie wir dafür sorgen, dass junge Menschen ihren persönlichen Traumberuf erlernen können“, erklärt der Wiener SPÖ-Landespartei sekretär, LAbg. Christian Deutsch die neue Kampagne. Zu den weiteren Schwerpunkten zählen der flächen-

NIEDERÖSTERREICH

Die Zukunft wird im Klassenzimmer entschieden



Bestmögliche Bildung für alle – 250 Interessierte besuchten den Zukunftsdiskurs Bildung in Waidhofen/Ybbs.

BM Claudia Schmied, LH-Stv. Sepp Leitner und NR-Abgeordnete Ulrike Königsberger-Ludwig wollen die Bildungsreformen vorantreiben. (von rechts)

„Je besser die Bildung eines Menschen ist, desto höher ist sein Einkommen und umso geringer ist das Risiko, ar-



Fotos: SPÖ NÖ



Beim zweiten „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs Bildung der SPÖ Niederösterreich waren sich Bildungsministerin Claudia Schmied und LH-Stv. Sepp Leitner einig, dass es notwendig ist, das Bildungsniveau anzuheben.

beitslos zu werden“, erklärte Schmied vor rund 250 Eltern, Lehrern, Schülern und Bildungsinteressierten in Waidhofen an der Ybbs. Gemeinsam mit NR-Abgeordneter Ulrike Königsberger-Ludwig und dem Direktor der Hauptschule Ybbsitz Leo Lugmayr sprachen sich Schmied und Leitner für den raschen Ausbau der Neuen Mittelschule in Niederösterreich aus. Derzeit gibt es in Niederösterreich 50

Neue Mittelschulen und 213 Hauptschulen. „In Niederösterreich ist die Pröll-VP einen eigenen Weg gegangen und hat nur eine zweijährige Neue Mittelschule eingeführt. Das ist uns zu wenig. Wir wollen eine umfassende Bildungsreform und fordern die rasche Umsetzung des Erfolgsmodells der 4-jährigen Neuen Mittelschule für ganz Österreich“, sagte SPÖ-NÖ-Vorsitzender Leitner. ♦

PVÖ, SJ, JG

Gemeinsam für faire Löhne und Pensionen



„Generationenkonflikt“ vor allem ein von Medien und konservativen Kräften heraufbeschworenes Phänomen, das in

Beim Startschuss für die Veranstaltungsreihe „Heast Oida – Dialog der Generationen“ im Wiener Museumsquartier gingen Jung und Alt der zentralen Frage nach, ob es – vor allem hinsichtlich des Pensionssystems – einen Generationenkonflikt gibt.

PVÖ-Präsident Karl Blecha, die Vorsitzende der Jungen Generation Tina Tauß und der Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wolfgang Moitzi, die am Podium diskutierten, waren sich darin einig, dass man gemeinsam für faire Löhne, Gehälter und Pensionen kämpfen muss. Einen „echten“ Generationenkonflikt sehen sie nicht. Für Moitzi ist das Thema Pensionen vor allem „eine soziale Frage“, und Tauß bestätigte, dass „auch die Jungen später eine Pension beziehen wollen, von der sie leben können“. Für beide ist der

der Realität nicht wie dargestellt existierende. Blecha sagte: „Das österreichische Pensionssystem ist eines der besten der Welt“, es bestehe jedoch von einigen Seiten Interesse daran, „das Vertrauen in unser Pensionssystem zugunsten der privaten Vorsorge zu erschüttern“.

Bildung ist Schlüssel für gutes Auskommen

Den Schlüssel dafür, dass Jung und Alt ein geregeltes Auskommen haben, sehen Tauß, Blecha und Moitzi in guter Bildung und Ausbildung sowie fairer Arbeitspolitik. Blecha forderte, dass „teure, alte Arbeitskräfte“

nicht einfach in Pension geschickt werden dürften, um dann Junge in prekären Arbeitsverhältnissen aufzunehmen. Moitzi und Tauß betonten die Notwendigkeit von fairen Löhnen und Gehältern für das Pensionssystem.



Ein wichtiges Zeichen für eine gerechte Gesellschaft, Vernetzung und stärkere Solidarität sehen Karl Blecha, Tina Tauß und Wolfgang Moitzi als das Ziel des „Dialogs der Generationen“. (von rechts)

KÄRNTEN

Sicher ist sicher



Rund 5.000 Volksschüler verunfallen alleine in Kärnten jedes Jahr in ihrer Freizeit. Um Kinder über mögliche Gefahren aufzuklären, findet auch diesen Mai wieder eine Kindersicherheitsolympiade in Kärntner Volksschulen statt.

Der Kärntner Gesundheitsreferent LH-Stv. Peter Kaiser betonte beim Besuch der Olympiade im Bezirk Spittal an der Drau, wie wichtig es ist, „bereits die Kleinsten auf die Vielzahl an Gefahren im Alltag aufmerksam zu machen und ihnen zu zeigen, wie sie sich bei Unfällen oder anderen Notfällen richtig verhalten sollen“. Die Sicherheitsolympiade – initiiert u. a. vom Kärntner Zivilschutzverband – tourt noch bis Ende Mai durch insgesamt zehn Kärntner Bezirke. Dort können die Volksschulkinder anhand spannender Wettbewerbe wie einem Notrufnummernspiel, Radfahr- und Löschwettbewerben erlernen, wie man sich in Gefahrensituationen verhält.

SPÖ Kärnten



LH-Stv. Peter Kaiser bei der Kindersicherheitsolympiade am Sportplatz Steinfeld mit Kindern, Einsatzkräften und Organisatoren.

TIROL

Würdigung von NS-Widerstandskämpfern



107 eingravierte Namen an den hoch aufragenden Seiten des Befreiungsdenkmals in Innsbruck, erinnern an Menschen, die sich aus unterschiedlichen Motiven dem nationalsozialistischen Regime verweigert haben und im Widerstand ums Leben kamen.

„Wir sind es den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, darunter auch den vielen Tiroler Widerstandskämpfern, aber ebenso den zukünftigen Generationen schuldig, an die Verbrechen der Nazis zu erinnern und bewusst zu machen, was geschah“, betont LH-Stv. Hannes Gschwentner



SPÖ Tirol

im Rahmen der Enthüllungsfeier im Vorfeld des Tages der Befreiung. Das Befreiungsdenkmal wurde 1946 auf Initiative der Franzosen errichtet und es war ein lang gehegter Wunsch der Verbände der Freiheits- und Widerstandskämpfer dort den Opfern ein Zeichen der respektvollen Erinnerung zu setzen.

Würdevolle Enthüllung der Gedenkinschrift am Innsbrucker Landhausplatz.



Green Jobs: Mythos und Wirklichkeit

Aussagen über die tatsächliche Zahl an Green Jobs sind ebenso widersprüchlich wie die Erwartungen betreffend ihrer Qualität.

„Grünes Wissen' wird ebenso zu einem Bestandteil der beruflichen Kenntnisse werden wie heute etwa Computerkenntnisse.“

Es gibt offizielle Zahlen über EU-weit 2,3 Mio. Beschäftigte in Green Jobs in den zentralen Sektoren, und ebenso offizielle über 21 Mio. bei Anwendung einer weiteren Definition. Und auch beinahe jede Größe dazwischen, je nachdem welche Branchen beziehungsweise Teilbereich man dazurechnet. Das Ganze wird noch schwieriger einzuschätzen, wenn man die Qualifikationserfordernisse mit einbezieht. Gibt es überhaupt einen signifikanten Unterschied zwischen Green Jobs und traditionellen oder ist der eher graduell? Und sind es nicht vielmehr die gleichen Personen mit zumeist nur geringfügigen neuen Qualifikationen, die an beziehungsweise mit anderen Produkten arbeiten?

Zweifellos gibt es beides: Es gibt neue Arbeitsplätze mit deutlich anderen Qualifikationsanforderungen und entsprechenden Karriere- und Einkommensmöglichkeiten – für wenige; etwa Ingenieure und Techniker in der Produktion neuer Energieträger. Und es gibt auf der anderen Seite ganz viele Menschen, die zwar in der Produktion oder auch im Dienstleistungsbereich mit Produkten arbeiten, die für unsere Umwelt von



Eine Zunahme an Green Jobs hängt entscheidend vom Konsumverhalten ab – etwa der Wahl einer hochwertigen thermischen Sanierung beim Eigenheim.

hoher Bedeutung sind, aber die dafür im wesentlichen ihr bisheriges Wissen verwenden und dadurch keine besseren oder besser bezahlte Arbeitsplätze haben. Sie sind allerdings mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit sicherer, da die Umweltbranchen generell höhere Wachstumsraten aufweisen als andere; und dies zeigte sich gerade auch während der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre. Österreich hat hier zweifellos in einigen Bereichen eine gute Position inne.

In den nächsten Jahren wird bei vielen Arbeitsplätzen ein zumindest gradueller Wandel der Kenntnisse erforderlich sein, und damit entsprechende Qualifikationen

und Weiterbildungen für die Menschen, die dort arbeiten. Das bedeutet jedoch in der überwiegenden Zahl der Fälle keine grundlegend anderen Ausbildungen, sondern Zusatzqualifikationen, wenn etwa Installateure mehr Wärmepumpen oder Elektriker mehr Photovoltaik-Anlagen montieren und warten werden. Bei manchen wird dies einen größeren Anteil der Arbeit einnehmen, bei anderen weniger. Die OECD bezeichnet diese Entwicklung als „Shades of Green“ (etwa: Grün-Schattierungen von Arbeitsplätzen). Nochmals zurück zum Spektrum der Green Jobs. Wie stark diese Entwicklung tatsächlich ausfallen wird, hängt zu einem entscheidenden Teil von uns ab: wie wichtig ist uns die Umwelt wenn wir einkaufen, ein Haus bauen/renovieren, Müll produzieren, den Strom einschalten und in unser Auto einsteigen? Von unserem Verhalten wird entscheidend bestimmt, wie groß die Zahl der Arbeitsplätze in der Green Economy sein wird. ♦

Michael Förchner ist Project Manager am Zentrum für Soziale Innovation (ZSI).

Nach dem intensiven Arbeitsgruppenprozess im ersten Halbjahr 2010 stieg „Österreich 2020“ mit den öffentlichen Zukunftsdiskursen in die direkte Diskussion mit interessierten Personen ein. Diese erfreuen sich weiterhin großen Zuspruchs und werden im zweiten Halbjahr 2011 fortgesetzt. Die nächste – dritte – Projektphase hat nun zum Ziel, aus jedem relevanten

Themenbereich Projekte zu erarbeiten. Zur Vorbereitung wird die „Österreich 2020“-Steuerungsgruppe diese Projekte in den Gesamtprozess einbetten.

Einige dieser Projekte werden wir in den nächsten Monaten vorstellen. Erste Ergebnisse gibt es bereits im Diskursthema Frauen – zum Thema Familie sowie Partizipation werden die Ergebnisse in den nächsten

Wochen veröffentlicht. Rund um das aktuelle Schwerpunktthema „Ökologisierung als Ökonomie des 21. Jhdts.“ wird es Beiträge zu den Aspekten Green Jobs, Energiewende, Umwelt und Wirtschaftswachstum geben. Einen vorläufigen Höhepunkt findet das Thema in der hochkarätig besetzten Veranstaltung am 23. Mai (s. Termine). ♦

TERMINKALENDER

Dienstag, 17. 5.

Diskussionsrunde ÖH-SpitzenkandidatInnen: Service oder Politik

Unter der Moderation von Andrea Mautz, Bundesfrauengeschäftsführerin der SPÖ, stellen sich die Kandidatinnen und Kandidaten der ÖH-Wahl 2011 (24.-26. Mai) unter dem Motto „Service oder Politik“ der Diskussion.

An der Veranstaltung werden Angelika Gruber (Verband sozialistischer Student_innen), Bernhard Krall (Aktionsgemeinschaft), Maria Clar (Grüne & Alternative StudentInnen) und Martin Schott (Unabhängige Fachschaftslisten Österreich) teilnehmen.

Beginn: 19 Uhr

Republikanischer Club,

Rockgasse 1,
1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner,
Peter Prantl, Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg
Layout: Thomas Lehmann
Coverfoto: Fotolia
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

Donnerstag, 19. 5.

Podiumsdiskussion: Frauen und Körperpolitik

Bei der Podiumsdiskussion „Körperpolitik: Wie selbstbestimmt ist eine Frau von heute?“ wird über Freiheit und Selbstbestimmung von Frauen diskutiert. Über die Frage, ob neben der Vielzahl erworbener Rechte der Druck des gängigen Schönheitsideals bewirkt, dass weibliche Entscheidungsfreiheit beim eigenen Körper endet, diskutieren Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Beate Wimmer-Puchinger, Frauengesundheitsbeauftragte der Stadt Wien, Dr. Artur Wörse, Facharzt für plastische Chirurgie und Inge Prader, Modelfotografin.

Anmeldung: frauen@spoe.at oder

Tel.: 0810/810211

Beginn: 18 Uhr

Volkskundemuseum

Laudongasse 15-19,
1080 Wien



Montag, 23. 5.

Referat und Diskussion zu Ökologiepolitik

Die Ökologie ist eine der zentralen Problemstellungen des 21. Jahrhunderts, besonders in Verbindung mit ökonomischen

Fragestellungen. Matthias Matschnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen, gibt ein Impulsreferat zum Thema „Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts“. Anschließend diskutieren Dwora Stein, Bundesgeschäftsführerin der GPA-djp und Vizepräsidentin der AK Wien, Sigrid Stagl, WU Wien, und Michael Förtschner vom Zentrum für Soziale Innovation. Die Veranstaltung wird von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und dem Direktor des Renner-Instituts, Karl A. Duffek, eröffnet. Anmeldung: direkt@spoe.at oder Tel.: 0810/810211 (Anmeldung bis 19.5. unbedingt erforderlich!)

Beginn: 19 Uhr

Museumsquartier (Ovalhalle),

Museumsplatz 1,
1070 Wien

Montag, 23. 5.

Vortrag: Angst vor Islam?

Der Leiter des Feuilletons der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Patrick Bahners, spricht im Rahmen der Reihe „Diaspora“ zu seinem Buch „Die Panikmacher: Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift“, das im Februar 2011 bei C.H. Beck erschienen ist. Die Veranstaltung wird von Isolde Charim moderiert.

Anmeldung:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

oder Tel.: 01/3188260/20

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog,

Armbrustergasse 15,
1190 Wien

NET NEWS

www.edumoodle.at/NMSeltern

Neue Mittelschule: Informationsplattform für Eltern

Volle Information und aktive Einbindung von Eltern, deren Kinder die Neue Mittelschule (NMS) besuchen – das ist das Ziel des vom Bildungsministerium gestarteten „Elterninformations-Netzwerks“. Die neue Plattform bietet direkten Einblick in die Arbeit an den einzelnen NMS-Standorten und ist offen für Anregungen, Mitgestaltung

und Meinungsaustausch. Für aktuelle Infos sorgt ein regelmäßiger Newsletter. Außerdem gibt es vertiefende Informationen über alle NMS-Standorte in Österreich (z.B. Schulporträts).

Unser Surf-Tipp:

www.edumoodle.at/NMSeltern





Befreiungsfeier

Über 10.000 Gäste aus aller Welt nahmen am 8. Mai an der Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen teil. Das offizielle Österreich war u.a. durch Bundeskanzler Werner Faymann, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Verteidigungsminister Norbert Darabos, Infrastrukturministerin Doris Bures und Gesundheitsminister Alois Stöger vertreten. Besonders präsent war einmal mehr die Sozialistische Jugend.



Benefizabend

Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer und 800 weitere Gäste, unter ihnen Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Staatssekretär Josef Ostermayer setzten bei der „Nacht gegen Armut“ der Volkshilfe Österreich im Rathaus ein Zeichen gegen soziale Ausgrenzung und sammelten 45.738 Euro für die Armutsbekämpfung.

Preisverleihung

Die Österreichischen Kinder- und Jugendbuchpreise, verliehen von Kulturministerin Claudia Schmied, gingen 2011 an Michael Köhlmeier, Barbara Steinitz, Monika Helfer, Michael Roher und Carolin Philipps (v.l.). „Es ist wichtig, dass wir mit qualitativ hochwertigen Büchern unsere Kinder möglichst früh zum Lesen motivieren“, so die Ministerin.

